

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 14. August 1885.

. 79.

Die conservative Partei.

Liberaler Blätter suchen die nationale Gesinnung der Conservativen oder eines Theils derselben zu verdächtigen und hiermit das von Halle aus in Anregung gebrachte Zusammengehen der Nationalliberalen und Freisinnigen zu rechtfertigen. So schreibt eins dieser Blätter: die Nationalliberalen müßten der conservativen Partei gegenüber von Fall zu Fall vorgehen, „so lange nicht etwa eine bestimmte Erklärung der (conservativen) Parteileitung vorliegt, die wenigstens in den nationalen Fragen befriedigen kann.“

Die Conservativen, ohne Unterschied, nehmen es mit Bezug auf ihre nationale Gesinnung mit Jedem auf und weisen die Verdächtigung, welche in der Forderung nach einer „wenigstens in den nationalen Fragen befriedigenden“ Erklärung liegt, mit dem Bewußtsein zurück, daß sie seit Begründung des Reichs durch ihr politisches Wirken niemals irgendwie auch nur im Entferntesten zu Zweifeln über die Echtheit und Rechtheit ihrer nationalen Gesinnung Anlaß gegeben haben. Noch weniger aber können sie irgend eine andere Partei als Richter in dieser Sache anerkennen. Freilich als noch revolutionäre Bestrebungen mit der nationalen Denkart sich verbanden, hielten sie es für ihre Pflicht, vor Allen gut monarchisch und preußisch zu sein. Die Monarchie und das Preußenthum haben sich denn auch der nationalen Sache nützlicher erwiesen, wie Nationalverein, Turner- und Schützenfeste. Wenn jetzt eine Ausöhnung beider Richtungen durch die Einigung der Nation unter dem Scepter der Hohenzollern erfolgt ist, wenn das nationale Leben jetzt einen anderen Inhalt bekommen hat und aus dem Bereich der unklaren Bestrebungen zu Aller Freude in eine schöne Wirklichkeit übergegangen ist, so haben am allerwenigsten diejenigen, die mit ihrer nationalen Gesinnung seiner Zeit der praktischen Verwirklichung des nationalen Gedankens Schwierigkeiten bereiteten, ein Recht, die nationale Gesinnung der Anderen auf ihre Echtheit zu prüfen oder sie sogar zu verdächtigen. Wir dürfen sagen, daß die Conservativen seit Begründung des Reichs in allen nationalen Fragen, z. B. auch in der Frage des Schutzes der nationalen Arbeit, den Liberalen mit gutem Beispiele vorgegangen sind, wenn diesen noch der politische Doctrinarismus anklebte. Im Uebrigen erkennen wir gern an, daß sich die nationale Gesinnung der Nationalliberalen speciell bei der Colonialpolitik bewährt hat, wo sie von vornherein mit den Conservativen gemeinsame Sache machten.

Was den Conservativen zum Vorwurf gemacht oder ange-dichtet wird, ist ohne irgend welche Berechtigung. Wir können darin vielmehr nur einen elenden Vorwand erblicken, um das Zusammengehen der Nationalliberalen und freisinnigen Radicals zu beschönigen, welches allerdings nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre und bei der — wie sich in dieser Zeit herausgestellt hat — thatsächlichen Unvereinbarkeit ihrer Standpunkte in allen wichtigen politischen Fragen nur das höchste Erstaunen erregen kann und geradezu geeignet ist, die politische Moral zu untergraben.

Die Rede des Oberbürgermeisters Dr. Miquel,

gehalten auf dem nationalliberalen Parteitag in Thale, hat in der nationalliberalen Presse Nord- und Süddeutschlands lebhaften Wiederhall gefunden. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Miquels Vordredner, Prof. Boretius aus Halle, hatte zur Empfehlung eines Zusammengehens mit den Freisinnigen gemeint, die im Landtage vorliegenden Aufgaben seien derart, daß die Nationalliberalen und die Freunde Eugen Richters recht wohl an einem Strange ziehen könnten. Miquel hat sich als Programmredner auf taktische

Fragen nicht eingelassen, aber was er entwickelte, beweist klar und deutlich, daß von einer Gemeinsamkeit der Auffassung zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen schlechterdings nicht die Rede sein kann.

Miquel ist für Vermehrung der Staatseinnahmen, weil er davon durchdrungen ist, daß die Aufgaben des Staates ausgedehnt werden müssen. Schon hiermit steht er in directem Gegensatz zu den Freisinnigen. Ganz besonders aber tritt dieser Gegensatz in den weiteren socialpolitischen Erörterungen zu Tage, welche das eigentlich Charakteristische seiner Rede bilden. Er hebt darin die sociale Seite der meisten den Landtag beschäftigenden Fragen hervor und betont den Zusammenhang derselben mit der Agrar- und Socialpolitik des Reiches in scharfer und überzeugender Weise.

Die Vermehrung der Staatsmittel soll diejenigen Schultern treffen, die am besten tragen können: Reform der directen Steuern mit stärkerer Belastung nicht des Agrambesitzes, sondern des Capitals. Miquel fordert seine Partei auf, nicht nur mitzuwirken, sondern voranzugehen, wo es sich darum handelt, die Landwirthschaft, insbesondere den Mittelstand zu heben, sei es durch Landescreditanstalten, durch Genossenschaftsbildung, durch niedrigere Eisenbahntarife, sei es durch Entlastung in der Communalbesteuerung.

Vor Allen wird es die Aufgabe des Landtags sein, die Politik, welche unser Herr Reichskanzler im Reiche zur Förderung der unteren Volksklassen, zur Erleichterung des Looses der weniger Begünstigten eingeschlagen hat — eine Politik, die vielleicht in der Geschichte eines seiner größten Verdienste sein wird —, auch seinerseits zu unterstützen und durchzuführen zu helfen. Es giebt sehr viele Gebiete, die in dieser Beziehung für den Reichstag unerreichbar sind, die allein im Einzelstaat behandelt werden können.“ Von diesem Standpunkte aus ist Miquel für Beseitigung des Volksschulgeldes, für Herstellung öffentlicher Einrichtungen, welche die Gesundheit der unteren Volksklassen besser sichern, als es bisher geschehen ist, und er scheut sogar vor Eingriffen des Staats in die Gemeinden zur Regelung der Wohnungsfrage, namentlich in den großen Städten, nicht zurück.

Mag damit auch die Reformthätigkeit des Landtags in Ergänzung der Reichspolitik nicht erschöpft sein und mag man auch in verschiedenen nicht so wichtigen Punkten anderer Meinung als Miquel sein, so sollte doch, meinen wir, das Angeführte vollkommen ausreichen, um jede Hoffnung auszuschließen, daß die Partei eines Eugen Richters, der in erster Linie unter dem Wahlspruche: Haltet die Taschen zu! darauf ausgeht, dem Staate die Mittel zu beschneiden, jemals an einem solchen Strange mitziehen könnte. Das Organ der Nationalliberalen Hannovers, welches von der Rede Miquels sehr befriedigt ist und darin eine „Ergänzung der Heidelberger Erklärung für Preußen“ erblickt, sagt denn auch mit leicht verständlichem Tadel gegen verschiedene Professoren der Partei: „Wenn vor Miquels Rede noch Zweifel bestanden, ob es im Einzelfalle nicht doch rathsam sei, jetzt hinter den liberalen Wählern herzuzugehen, um am Wahltage gegebenen Falls auch deutsch-freisinnige Candidaten zu unterstützen, so konnte nach Miquels Programmrede davon nicht mehr die Rede sein.“ Wenn die Partei wirklich und aufrichtig die Meinung ihres Programmredners in Thale theilt, daß vor Allen die Socialpolitik des Reichskanzlers unmittelbar und mittelbar, im Reich und in den Einzelstaaten, in der Steuergesetzgebung und in der Verwaltung zu unterstützen ist, so wird sie auch hieraus die zwingende Schlussfolgerung ziehen und den Freisinn lediglich sich selber überlassen müssen.